



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



EU-Fonds (AMIF)
Zuständige Behörde

Aufforderung
der EU-Zuständigen Behörde
beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
zur Einreichung von Anträgen
auf Gewährung einer Zuwendung
aus dem
Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds
(AMIF)

2015

Allgemeiner Teil	3
1 Einleitung	3
2 Berechtigung zur Antragstellung.....	4
3 Projektlaufzeit bzw. Projektdauer	5
4 Finanzrahmen.....	6
5 Finanzierung von Projekten	6
6 Beschreibung des Antragsverfahrens – Frist und Form eines Projektantrages.....	7
7 Beschreibung des Auswahlverfahrens	8
7.1 Ausschlusskriterien	8
7.2 Auswahl- bzw. Bewertungskriterien	10
1 Spezifisches Ziel 1: Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschließlich seiner externen Dimension.....	14
1.1 Einleitung.....	14
1.2 Zielgruppen.....	14
1.3 Maßnahmenbereich.....	15
1.3.1 <i>Nationales Ziel 1: Aufnahme- und Asylsysteme</i>	15
1.3.1.1 Maßnahmenbereich 2: „Verbesserung der Aufnahmebedingungen und der Information von Antragstellern“	15
2 Spezifisches Ziel 2: Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration.....	17
2.1 Einleitung.....	17
2.2 Zielgruppe.....	17
2.3 Maßnahmenbereich.....	18
2.3.1 <i>Nationales Ziel 2: Integrationsmaßnahmen</i>	18
2.3.1.1 Maßnahmenbereich 3: „Erstintegration“	18

Allgemeiner Teil

1 Einleitung

Am 20.05.2014 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Verordnung zum Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) für den Zeitraum 2014 bis 2020 erlassen (Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.04.2014). Der Gesamtförderzeitraum für die Durchführung von Projekten beginnt am 01.01.2014 und endet am 31.12.2022.

Allgemeines Ziel des Fonds ist es, einen Beitrag zu einer effizienten Steuerung der Migrationsströme in der Union im Rahmen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Einklang mit einer gemeinsamen Asylpolitik, der Politik subsidiären und vorübergehenden Schutzes und der gemeinsamen Einwanderungspolitik zu leisten.

Die Verantwortung für die nationale Umsetzung des AMIF tragen die Mitgliedstaaten. Das Bundesministerium des Innern hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als EU-Zuständige Behörde per Erlass zur Verwaltung des AMIF benannt.

Die vorliegende Aufforderung zur Einreichung von Anträgen dient der Umsetzung der im Nationalen Programm des Mitgliedstaates Deutschland genannten Ziele.

Für die Umsetzung des Nationalen Programms findet außerdem die **Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds vom 30.09.2014** Anwendung.

Die geförderten Projekte sollen einen sogenannten **EU-Mehrwert** aufweisen, also über die bloße Durchführung von Unterstützungsmaßnahmen hinausgehen. Die Projekte sollen insbesondere zur Setzung von Standards dienen oder Modellcharakter haben.

Es können nur Maßnahmen gefördert werden, die **nicht mit Gewinnstreben** verbunden sind und **die nicht Projektziele** bezwecken, die bereits durch gesetzliche Leistungen erreichbar sind (z. B. AsylG, AsylbLG, SGB XII).

Die in den jeweiligen Maßnahmenbereichen vorgegebenen **Indikatoren** dienen der Messung des Projekterfolges bzw. Evaluierung der Ergebnisse. Aus ihnen kann im Rahmen des elektronischen Antragsverfahrens der zu dem Projektvorschlag passende Indikator ausgewählt werden. Die Indikatoren sind fest verbindlich und nicht veränderbar. Die Planzahlen, die im Rahmen des Antrages angegeben werden müssen, beziehen sich auf die **gesamte Projektlaufzeit**.

Mit Mitteln des AMIF können grundsätzlich auch schulbegleitende Maßnahmen sowie allgemeine Maßnahmen mit berufsvorbereitendem Charakter oder zur beruflichen Orientierung gefördert werden. Maßnahmen, die dem konkreten Einstieg in das Arbeits- und Erwerbsleben (z. B. Vermittlung von Ausbildungsplätzen, Arbeits- oder Praktikumsstellen) dienen, werden **nicht** aus Mitteln des AMIF gefördert.

2 Berechtigung zur Antragstellung

Zuwendungsempfänger können regelmäßig nur eingetragene juristische Personen des privaten oder des öffentlichen Rechts (z. B. Träger der freien Wohlfahrtspflege, kirchliche und karitative Einrichtungen, eingetragene Vereine, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, Gebietskörperschaften) sowie internationale Organisationen allein oder in Partnerschaft mit anderen sein.

Bei einer **Partnerschaft** genügt ein Projektantrag eines Partners. Die antragstellende Organisation (Projektträger) ist allein für die ordnungsgemäße Durchführung des Projektes verantwortlich. Die Rechte und Pflichten der Projektpartner gegenüber dem Antragsteller (Zuwendungsempfänger) ergeben sich aus einem Kooperationsvertrag. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es seitens der EU-Zuständigen Behörde ausdrücklich erwünscht ist, Partnerschaften einzugehen und landesweite sowie länderübergreifende Projektmaßnahmen durchzuführen. Projektpartner sind solche, mit denen der Antragsteller zusammen das Projekt durchführt, die tatsächlich maßgeblich Einfluss auf die Projektdurchführung nehmen und/oder projektbezogene Tätigkeiten ausüben bzw. Leistungen erbringen, wobei beim Projektpartner Ausgaben anfallen können. Bei einer Projektpartnerschaft muss es sich um zwei getrennte Organisationseinheiten handeln.

Die Projektpartner unterliegen, wie auch der Zuwendungsempfänger, den einschlägigen EU-Regularien und nationalen Bestimmungen. Der Zuwendungsempfänger ist gegenüber der EU-Zuständigen Behörde allein verantwortlich für die inhaltliche Durchführung und die Gesamtfinanzierung des Projektes sowie für die Führung des Verwendungsnachweises. Darüber hinaus ist er der alleinige Ansprechpartner für die Zuständige Behörde.

Die Projektpartnerschaft ist durch eine **Kooperationsvereinbarung** zu regeln. Eine Kopie der Vereinbarung ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides vorzulegen.

Die **Anforderungen der Kooperationsvereinbarung** ist wie folgt:

Die Rechtsgrundlage und die vertragliche Beziehung zwischen dem Begünstigten und seinen Partnern müssen in einem ordnungsgemäß unterzeichneten Dokument festgehalten werden. Sämtliche Rechte und Pflichten der Kooperationspartner gegenüber den Zuwendungsempfängern müssen sich aus dem Kooperationsvertrag ergeben.

Kooperationsvereinbarungen sollen immer dann abgeschlossen und als Nachweis vorgelegt werden, wenn das Projekt im Rahmen einer Projektpartnerschaft durchgeführt wird.

Der Kooperationsvertrag muss die wichtigsten Bestimmungen für die Teilnahme der Partner sowie Verpflichtungen beider Parteien festhalten, darunter:

- Rollen und Verantwortungsbereiche der Projektpartner (z. B. auszuübende Tätigkeiten und zu erbringende Leistungen)
- Zeitraum der Teilnahme am Projekt
- finanzielle Beteiligung der Partner
- Verpflichtung des Zuwendungsempfängers hinsichtlich der Auszahlung des entsprechenden Betrags (sofern beabsichtigt)
- sonstige Bedingungen für die Beteiligung von Partnern.

Projektträger, die im Rahmen der letztjährigen Aufforderung zur Abgabe von Projektanträgen mangels finanzieller Mittel keine Förderung erhalten haben, können sich mit ihrem Projekt im Rahmen dieses Aufforderungsverfahrens erneut bewerben.

3 Projektlaufzeit bzw. Projektdauer

Projektmaßnahmen sind förderfähig, wenn sie frühestens am **01.01.2015** und spätestens am **01.07.2016** beginnen. Alle Projekte, die nach dem 01.07.2016 beginnen, liegen außerhalb des Förderzeitraumes gemäß dieser Aufforderung. Der Projektantrag muss dann aus formellen Gründen vom Auswahlverfahren ausgeschlossen werden.

Die Projektlaufzeit ist nicht an das Kalenderjahr gebunden. Die maximal geförderte Projektdauer beträgt **24 Monate**. Es wird empfohlen, die Projekte erst dann zu beginnen, wenn eine Bewilligung der Fördermittel erfolgt ist. Ein vorzeitiger Projektbeginn erfolgt auf eigenes finanzielles Risiko und ist im Fall der Projektförderung gegenüber der EU-Zuständigen Behörde zu begründen.

4 Finanzrahmen

Für **2015** stehen für die Projektförderung im Rahmen dieser Aufforderung **2.982.939,73** EUR zur Verfügung.

Bei Bewilligung mehrjähriger Projekte werden bereits finanzielle Mittel der Folgejahre gebunden. Diese werden dann von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln der Folgejahre abgezogen.

5 Finanzierung von Projekten

Finanzhilfen werden zur Deckung von Ausgaben des Zuwendungsempfängers für abgegrenzte Maßnahmen gewährt (Projektförderung). Sie müssen nicht zurückgezahlt werden. Eine abgegrenzte Maßnahme (Projekt) liegt vor, wenn sie unter Angabe der begrenzten Dauer, eines Finanzplans, der Ziele, des dafür eingesetzten Personals und der mit der Durchführung betrauten Organisationen oder Gruppe von Organisationen genau beschrieben werden kann. Die Zuwendungen können nur als **Anteilfinanzierung mit Höchstbetragsfestsetzung** gewährt werden. Andere Finanzierungsarten sind ausgeschlossen. Die Zuwendungen werden grundsätzlich bis zum Höchstbetrag von 75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben geleistet.

Die EU-Fördersumme muss pro Jahr der Projektlaufzeit **mindestens** 100.000,00 EUR betragen (bei der grundsätzlich vorgesehenen 75 %-Förderung müssen die Gesamtprojektkosten bei 133.333,00 EUR pro Projektjahr liegen). Projekte mit einer angestrebten EU-Fördersumme von **weniger** als 100.000,00 EUR pro Jahr der Projektlaufzeit werden nicht gefördert.

Die Gewährung von Zuwendungen erfolgt **vorbehaltlich** der Verfügbarkeit der entsprechenden Haushaltsmittel. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen.

6 Beschreibung des Antragsverfahrens – Frist und Form eines Projektantrages

Den Antragstellern wird im Rahmen der Aufforderung eine Bewerbungsfrist von **neun Wochen**, also bis zum **16.02.2016** eingeräumt.

Die Antragsteller sind verpflichtet das auf der Homepage www.bamf.de zur Verfügung gestellte Antragsformular mit allen erforderlichen Anlagen und Beiblättern mit rechtsverbindlicher Unterschrift in einem verschlossenen Umschlag postalisch zu versenden. Der postalische Antrag muss spätestens am **16.02.2016** (Eingangsstempel vom **BAMF**) direkt bei der

EU-Fonds (AMIF)
Zuständige Behörde
beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

eingegangen sein.

Zeitgleich ist der Antrag (*Antragsvordruck und Finanzplan, ohne Anlagen*) in elektronischer Form an folgende E-Mail-Adresse zu versenden:

AMIF-Antrag2015@bamf.bund.de

Aus technischen Gründen ist die elektronische Antragstellung über das AMIF-Portal nicht möglich.

Hinweis:

Die Abgabe des Projektantrages einschließlich zugehöriger Unterlagen in einer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist **unzulässig**.

7 Beschreibung des Auswahlverfahrens

Nach Eingang Ihrer Antragsunterlagen erfolgt dann eine Überprüfung hinsichtlich des Vorliegens der im Folgenden genannten Ausschlusskriterien in formeller und materieller Hinsicht.

7.1 Ausschlusskriterien

Beim Vorliegen folgender Kriterien sind Projektanträge vom Auswahlverfahren ausgeschlossen:

- **verspäteter Eingang des Projektantrages**

Die Antragsunterlagen müssen bis zum **16.02.2016** in postalischer Form eingegangen sein. Anträge, die nach dem **16.02.2016** eingehen, werden aus formellen Gründen abgelehnt.

- **ausschließliche Übersendung des Projektantrages per FAX oder per E-Mail**

- **formlose Antragstellung**

Die von der EU-Zuständigen Behörde vorgegebenen und zur Verfügung gestellten Formulare sind zwingend zu verwenden. Das Antragsformular wie auch der Finanzplan sind auf den AMIF-Seiten der Homepage des Bundesamtes eingestellt.

- **Fehlen einer rechtsverbindlichen Unterschrift auf dem Projektantrag**

Die Unterschrift auf dem Projektantrag muss von einer vertretungsberechtigten Person oder ggf. von mehreren vertretungsberechtigten Personen gemäß Satzung/Organisationsbestimmung/Gesellschaftsvertrag des Antragstellers erfolgen. Unter Umständen ist eine Vertretungsberechtigung nachzuweisen! Diese Dokumente, aus denen sich die Unterschriftsberechtigung ergibt, sollten zeitgleich mit dem Antrag übersendet werden.

- **Unvollständigkeit der Antragsunterlagen in Papierform**

Das Antragsformular und der Finanzplan müssen zwingend in Papierform vorliegen. Der Gesamtfinanzplan muss die Gesamtdauer des Projektes umfassen.

- **Projekt ist mit Gewinnstreben verbunden**

- **fehlende Sicherung der Finanzierung des Projektes**

Eine fehlende Sicherung der Finanzierung des Projektes ist z. B. anzunehmen, wenn dem Antragsteller und/oder der Partnerorganisation die Insolvenz droht oder die Eigen- und Fremdmittel nicht hinreichend dargelegt sind.

- **fehlende Antragsberechtigung des Antragstellers gemäß § 5 Absatz 1 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des AMIF vom 30.09.2014**

Der Antragsteller darf keine natürliche Person sein.

- **Hinweise auf Vermögensdelikte**
- **keine Einhaltung des Förderzeitraums gemäß dieser Aufforderung**

Der Förderzeitraum dieser Aufforderung ist nicht eingehalten, wenn das Projekt vor dem 01.01.2015 begonnen hat oder nach dem 01.07.2016 beginnt.

- **Projektlaufzeit länger als 24 Monate**

Es gibt keine Mindestprojektdauer (z. B. mindestens ein Jahr). Die maximale Projektdauer beträgt allerdings 24 Monate. Die Projektlaufzeit ist nicht an das Kalenderjahr gebunden. Projekte mit einer Laufzeit von über 24 Monaten werden aus formellen Gründen abgelehnt.

- **Verstoß gegen das Besserstellungsverbot**

Finanziert sich der Antragsteller/Projektpartner überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen, ist das Besserstellungsverbot zu beachten. Der Antragsteller/Projektpartner darf seine Beschäftigte nicht besser stellen als vergleichbare Bundesbedienstete. Höhere Entgelte als nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen dürfen nicht gewährt werden.

- **Projekt wird bereits aus anderen Mitteln der Europäischen Union (z. B. ESF) gefördert**
- **Mindestfördersumme wird nicht beachtet**

Die EU-Fördersumme muss pro Jahr der Projektlaufzeit mindestens 100.000,00 EUR betragen (bei der grundsätzlich vorgesehenen 75 %-Förderung müssen die Gesamtprojektkosten bei 133.333,33 EUR pro Projektjahr liegen). Die Mindestantragssumme gilt auch für Projekte mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Projekte mit einer EU-Fördersumme von weniger als 100.000,00 EUR werden nicht gefördert.

7.2 Auswahl- bzw. Bewertungskriterien

Die verbleibenden Anträge werden unter Berücksichtigung der Stellungnahmen verschiedener Abstimmungsebenen (Bundesländer, betroffene Bundesressorts, Fachabteilungen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) bewertet. Die Bewertung durch die EU-Zuständige Behörde erfolgt anhand eines Punktesystems hinsichtlich folgender Bewertungskriterien:

(I) Projektkonzept

- Projektkonzept (maximal 15 Punkte)
- Zielgruppenerreichung (maximal 15 Punkte)
- Lage und Bedarf (maximal 15 Punkte)
- Nachhaltigkeit (maximal 15 Punkte)
- Personalausstattung (maximal 15 Punkte)

(II) Qualität des Projektantrags

- Schlüssigkeit des Projektantrages (maximal 15 Punkte)
- Projekt- und Qualitätsmanagement (maximal 15 Punkte)
- Zielgruppennachweis (3-Stufen-System – maximal 15 Punkte)

(III) Zuverlässigkeit

- Projekterfahrung (maximal 15 Punkte)
- Erfahrung mit dem Antragsteller (maximal 15 Punkte)
- Wirtschaftlichkeit (maximal 15 Punkte)

(IV) Gesamtbeurteilung

- Gesamtbeurteilung (maximal 15 Punkte)
 - a) Begründete Gesamtbewertung unter Berücksichtigung aller Aspekte
 - b) Innovativer Charakter des Projektes
 - c) Öffentlichkeitsarbeit
- Projektpartnerschaft (2-Stufen-System – maximal 15 Punkte)
- Kofinanzierung Bund/Land (2-Stufen-System – maximal 5 Punkte)

Im Rahmen der Bewertung der jeweiligen Antragsunterlagen können maximal **200 Punkte** erreicht werden. Entsprechend der erreichten Gesamtpunktzahl werden die bewerteten Projektvorschläge dann in einer Rang- bzw. Rankingliste geführt, die als Grundlage für die Vergabeentscheidung dient.

Hinweise zu den Auswahl- und Bewertungskriterien:

Die Punktevergabe bezüglich der einzelnen Auswahl- und Bewertungskriterien im Rahmen der Projektbewertung durch die EU-Zuständige Behörde erfolgt grundsätzlich in Anlehnung an das Notensystem der gymnasialen Oberstufe.

Zudem können zusätzliche Punkte bei dem Kriterium „Qualität der Projektanträge“ unter dem Punkt „Zielgruppennachweis“ im Rahmen eines abgestuften Systems (3-Stufen-System) vergeben werden:

- a) Zielgruppennachweis entspricht den Anforderungen in vollem Umfang (Kopie der Dokumente zum Aufenthaltsstatus) = 15 Punkte
- b) Zielgruppennachweis entspricht den Anforderungen nicht in vollem Umfang = 8 Punkte
- c) mangelhafte bzw. keine Angaben zum beabsichtigten Zielgruppennachweis = 0 Punkte.

In der Gesamtbeurteilung wird das Kriterium „Projektpartnerschaft“ auch um ein abgestuftes Punktesystem (2-Stufen-System) ergänzt:

- a) mindestens eine Projektpartnerschaft liegt vor = 15 Punkte
- b) keine Partnerschaft = 0 Punkte.

Bei dem Kriterium „Kofinanzierung Bund/Land“ ist ebenso eine fixe Punktevergabe im 2-Stufen-System vorgesehen:

- a) mindestens eine Kofinanzierung von Bund oder Land = 5 Punkte
- b) keine Kofinanzierung von Bund oder Land = 0 Punkte

Hinweise zu den Maßnahmenbereichen:

Mit dem Projektvorschlag bewirbt sich der Antragsteller auf einen Maßnahmenbereich. Der Projektantrag muss der Beschreibung des Maßnahmenbereiches entsprechen. Projekte müssen einem Maßnahmenbereich eindeutig zuzuordnen sein. Eine Erstreckung auf mehrere Maßnahmenbereiche ist nur zulässig, wenn das Projekt zum Einen nur einem Spezifischen Ziel (Asyl, Integration) und zudem innerhalb des Zieles auch nur einem gemeinsamen „Nationalen Ziel“ zugeordnet wird. In diesem Fall muss aber ein deutlicher Schwerpunkt bei einem Maßnahmenbereich erkennbar sein. Im Rahmen der Antragstellung darf nur ein Maßnahmenbereich ausgewählt werden.

Hinweise zu den Zielgruppen:

Die Zielgruppendefinition und -zuordnung ist abschließend und zwingend. Es können **ausschließlich** Drittstaatsangehörige gefördert werden, es sei denn, in der Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen ist eine Ausnahme vorgesehen. Zu beachten ist, dass für bestimmte Maßnahmenbereiche die für das Spezifische Ziel definierte Zielgruppe eingeschränkt sein kann. Nähere Ausführungen finden Sie im Besonderen Teil dieser Aufforderung.

Die Zugehörigkeit zur Zielgruppe muss während der gesamten Laufzeit der Projektmaßnahme eingehalten werden.

Bei Strukturprojekten, also solchen Projekten, die sich nur indirekt an die Zielgruppe richten, muss die Zielgruppe im Projektantrag benannt werden. Ein Zielgruppennachweis ist nicht erforderlich.

Es ist zu beachten, dass die Zielgruppe direkt oder indirekt **nur** aus Drittstaatsangehörigen bestehen darf.

Besonderer Teil

Die Aufforderung zur Einreichung von Projektanträgen gilt für die zwei Spezifischen Ziele

- **Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschließlich seiner externen Dimension**
- **Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration**

Die zum Teil unterbrochene Nummerierung der Maßnahmenbereiche ist unberücksichtigt zu lassen. Es werden nicht in jedem Jahr alle Maßnahmenbereiche ausgeschrieben.

Hinweise zu den angegebenen Indikatoren in den Maßnahmenbereichen:

Die Indikatoren richten sich nach dem Maßnahmenbereich, der für den Projektvorschlag im Rahmen des elektronischen Antragsverfahrens ausgewählt wurde. Die dem jeweiligen Maßnahmenbereich zugeordneten Indikatoren sind abschließend aufgeführt. Aus ihnen muss im Rahmen des elektronischen Antragsverfahrens der zu dem Projektvorschlag passende Indikator zum Maßnahmenbereich ausgewählt werden. Da es innerhalb einzelner Maßnahmenbereiche sowohl Projekte geben kann, die sich direkt als auch indirekt (Strukturprojekte) an die Zielgruppe richten, können nicht alle in der Ausschreibung genannten Indikatoren eines bestimmten Maßnahmenbereiches bedient werden. Es müssen die vorgegebenen Indikatoren verwendet werden.

Jeder Projektträger muss zum 31. Oktober eines jeden Jahres (N) die erhobenen Daten zu den Indikatoren für das Berichtsjahr an die EU-Zuständige Behörde beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermitteln. Das Berichtsjahr beginnt am 16. Oktober des Jahres N-1 und endet am 15. Oktober des Jahres N.

Hinweise zu den Zuwendungsempfängern:

Die in der Aufforderung im Rahmen der jeweiligen Maßnahmenbereiche aufgeführten Zuwendungsempfänger sind exemplarisch und nicht abschließend aufgezählt.

Für die folgenden Spezifischen Ziele werden Projektanträge erbeten:

1 Spezifisches Ziel 1: Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschließlich seiner externen Dimension

1.1 Einleitung

Mit der Förderung durch den AMIF wird das Ziel verfolgt, in Ergänzung zu bestehenden staatlichen Leistungen und Maßnahmen, die nationalen Standards hinsichtlich der Aufnahmebedingungen weiter zu erhöhen und die Wirksamkeit des Asylverfahrens zu steigern.

Aufgrund der stetig ansteigenden Zahl der Asylbewerber ist die Verbesserung der Aufnahmebedingungen und die Information dieser Zielgruppe ein zentrales Anliegen.

1.2 Zielgruppen

Zielgruppen der Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sind:

- Drittstaatsangehörige mit Flüchtlingsstatus oder subsidiärem Schutzstatus im Sinne der Richtlinie 2011/95/EU,
- Drittstaatsangehörige, die eine der Formen des vorgenannten internationalen Schutzes beantragt und noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben,
- Drittstaatsangehörige, die vorübergehenden Schutz im Sinne der Richtlinie 2001/55/EG genießen,
- Drittstaatsangehörige, die in der Bundesrepublik Deutschland neu angesiedelt oder aus einem anderen EU-Mitgliedstaat in die Bundesrepublik Deutschland überstellt werden oder wurden.

Zuwendungsempfänger, deren Projekte sich direkt an die Zielgruppe richten, sind verpflichtet einen Zielgruppennachweis zu erbringen. Die Art und Weise der Erbringung des Zielgruppennachweises ist verbindlich im Zuwendungsbescheid vorgegeben.

Um sicherzustellen, dass eine für das jeweilige Projekt möglichst geeignete Methode des Zielgruppennachweises vorgegeben wird, muss der Antragsteller im Rahmen der Antragsstellung darlegen, wie der Nachweis erbracht werden soll. Die Gründe für die Wahl der jeweiligen Methode sind ebenfalls anzugeben. Dabei ist zu beachten, dass die Methode zum Nachweis folgender Tatsachen dienen muss:

- Zielgruppenzugehörigkeit der betreffenden Person (Aufenthaltsstatus, Nationalität)
- Teilnahme der betreffenden Person an dem Projekt (z. B. durch Inanspruchnahme von Beratungsleistungen) während der geförderten Projektlaufzeit.

Es obliegt den Zuwendungsempfängern, die Zielgruppengruppenangehörigen über die Führung des Nachweises zu informieren und eine ggf. erforderliche Einwilligung zur Aufnahme der Personen in den Nachweis einzuholen.

Der Zielgruppennachweis ist gemäß § 8 der Förderrichtlinie mindestens 10 Jahre nach Ende der geförderten Maßnahme aufzubewahren.

Weitere Hinweise zur Zielgruppe:

Bei allen Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist zu beachten, dass **geduldete Personen nicht zur Zielgruppe gehören**. Geduldete Personen sind Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, deren Abschiebung jedoch vorübergehend ausgesetzt wurde und deren Asylverfahren bereits abgeschlossen ist (§ 60 a Aufenthaltsgesetz). Das bedeutet, dass geduldete Personen im Rahmen des AMIF-Fonds **im Bereich Asyl** nicht zur förderfähigen Zielgruppe gehören. Insbesondere sollen nur Asylbewerber gefördert werden, die noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben.

1.3 Maßnahmenbereich

1.3.1 *Nationales Ziel 1: Aufnahme- und Asylsysteme*

1.3.1.1 Maßnahmenbereich 2: „Verbesserung der Aufnahmebedingungen und der Information von Antragstellern“

Für diesen Maßnahmenbereich stehen 1.837.500,00 EUR Fördermittel zur Verfügung.

Ziel der Maßnahmen in diesem Bereich ist es, Aufnahmebedingungen für Asylantragsteller sowie die Information von Antragstellern über das Asylverfahren weiter zu verbessern. Die Maßnahmen in diesem Bereich sollen sich vorrangig an Personen richten, deren Asylverfahren noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Zudem ist die soziale Beratung und Betreuung von Asylantragstellern, Personen, die internationalen Schutz im Sinne der Richtlinie 2011/95/EU genießen und Personen, die in Deutschland neu angesiedelt wurden sind, weiter fortzuentwickeln. Zur Zielerreichung sollen in diesem Bereich folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- **Maßnahmen zur standardisierten Erstorientierung und Vermittlung einfacher deutscher Sprachkenntnisse**

Durch diese Maßnahmen sollen die Antragsteller informiert werden. Die Informationen sollen vor allem Fragen bezüglich der Erstorientierung (beispielsweise Orientierung vor Ort oder medizinische Versorgung) beantworten können. Weiter sollen diese Maßnahmen zur Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse auf einfachem Niveau zur Erleichterung der Grundkommunikation beitragen. Dabei sollen diese Maßnahmen nach einem einheitlichen Standard umgesetzt werden.

Hinweis:

Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive, die einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs haben, können an dieser Maßnahme nicht teilnehmen.

- **Entwicklung und Umsetzung eines bedarfsorientierten und standardisierten Beratungs- und Betreuungsprogramms**

Es kommen folgende Maßnahmen in Betracht:

- Entwicklung und Umsetzung einheitlicher Standards für die soziale Beratung und Betreuung (einschließlich Maßnahmen zur schulischen Begleitung, Unterstützung der Eltern/Alleinerziehender durch Erziehungsberatung),
- Qualifizierung von Sprachmittlern für den Bereich der sozialen Beratung und Betreuung,
- Entwicklung und Umsetzung einheitlicher Standards für die rechts- und verfahrenstechnische Auskunftserteilung nach Art. 19 der Richtlinie 2013/32/EU.

- **Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz**

Aufgrund der stetig steigenden Asylantragszahlen sollen folgende Maßnahme zur Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz umgesetzt werden:

- Sensibilisierung der (ortsansässigen) Bevölkerung für die Belange der Zielgruppe,
- Aufbereitung öffentlichkeitsrelevanter Themen, unter Umständen sollen neue Kommunikationswege einbezogen werden.

Zuwendungsempfänger

Für die Maßnahmen zur Erstorientierung kommen entsprechend qualifizierte Sprachkursträger sowie die zuständigen Länderministerien als Finanzhilfeempfänger in Betracht. Im Übrigen stellen Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbände

sowie die zuständigen Landes- und Bundesbehörden mögliche Zuwendungsempfänger dar.

Indikatoren

- Anzahl der Personen, die im Rahmen des Asylverfahrens Informationen erhalten haben und unterstützt worden sind
- Anzahl der besonders schutzbedürftigen Zielgruppenpersonen, die besonders unterstützt worden sind
- Anzahl der unbegleiteten Minderjährigen, die besonders unterstützt worden sind
- Anzahl der durch den Fonds geförderten Maßnahmen zur Verbesserung der Strukturen im Bereich der Aufnahme.

2 Spezifisches Ziel 2: Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration

2.1 Einleitung

Ziel der hiermit ausgeschriebenen Maßnahmen im Bereich „Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration“ ist die Förderung der Integration von Drittstaatsangehörigen einschließlich der Personen mit anerkanntem Flüchtlings- oder subsidiärem Schutzstatus. Mit dem AMIF sollen die bereits bestehenden strukturellen Handlungsinstrumente der systematischen Integrationspolitik auf Grundlage des deutschen Aufenthaltsgesetzes ergänzt werden. Aufgrund des demographischen Wandels in Deutschland ist dabei ein Schwerpunkt die bessere gesellschaftliche und berufliche Integration bereits in Deutschland lebender Zuwanderer.

2.2 Zielgruppe

Maßnahmen zur Erleichterung der legalen Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland und zur Förderung der tatsächlichen Integration Drittstaatsangehöriger sind förderfähig, wenn sie auf Drittstaatsangehörige ausgerichtet sind, die sich rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten oder gegebenenfalls im Begriff sind, einen rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu erlangen. Rechtmäßiger Aufenthalt im Sinne dieser Ausschreibung ist der dauerhafte und beständige Aufenthalt. Der Aufenthalt gilt als dauerhaft und beständig, wenn die Person eine Niederlassungserlaubnis besitzt oder eine Aufenthaltserlaubnis von mindestens einem Jahr erhalten hat oder seit über 18 Monaten eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, es sei denn, der Aufenthalt ist vorübergehender Natur. Drittstaatsangehörige können auch dann gefördert werden, wenn sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104 a Absatz 1 oder § 104 b i. V. m. § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes besitzen (gesetzliche Altfallregelung). Direkte Verwandte in absteigender oder aufsteigender Linie (z. B. Kinder oder Großeltern, nicht aber Geschwister), sowie Ehegatten und Lebenspartner eines förderfähigen Drittstaatsangehörigen sind unabhän-

gig von ihrer Staatsangehörigkeit von der Zielgruppe umfasst, wenn sie sich rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

Hinweis:

Personen mit einer doppelten Staatsangehörigkeit sind nur förderfähig, wenn sie direkte Verwandte, Ehegatten oder Lebenspartner eines förderfähigen Drittstaatsangehörigen sind!

Zuwendungsempfänger, deren Projekte sich direkt an die Zielgruppe richten, sind verpflichtet einen Zielgruppennachweis zu erbringen. Die Art und Weise der Erbringung des Zielgruppennachweises ist verbindlich im Zuwendungsbescheid vorgegeben.

Um sicherzustellen, dass eine für das jeweilige Projekt möglichst geeignete Methode des Zielgruppennachweises vorgegeben wird, muss der Antragsteller im Rahmen der Antragstellung darlegen, wie der Nachweis erbracht werden soll. Die Gründe für die Wahl der jeweiligen Methode sind ebenfalls anzugeben. Dabei ist zu beachten, dass die Methode zum Nachweis folgender Tatsachen dienen muss:

- Zielgruppenzugehörigkeit der betreffenden Person (Aufenthaltsstatus, Nationalität)
- Teilnahme der betreffenden Person an dem Projekt (z. B. durch Inanspruchnahme von Beratungsleistungen) während der geförderten Projektlaufzeit.

Es obliegt den Zuwendungsempfängern, die Zielgruppengruppenangehörigen über die Führung des Nachweises zu informieren und eine ggf. erforderliche Einwilligung zur Aufnahme der Personen in den Nachweis einzuholen.

Der Zielgruppennachweis ist gemäß § 8 der Förderrichtlinie mindestens 10 Jahre nach Ende der geförderten Maßnahme aufzubewahren.

2.3 Maßnahmenbereich

2.3.1 *Nationales Ziel 2: Integrationsmaßnahmen*

2.3.1.1 Maßnahmenbereich 3: „Erstintegration“

Für diesen Maßnahmenbereich stehen 1.145.439,73 EUR Fördermittel zur Verfügung.

Beratung und Sprachförderung bilden die Grundpfeiler der Erstintegration von Zuwanderern. Ziel der Maßnahmen zur Erstintegration ist, das Sprachniveau von neu zugewanderten Drittstaatsangehörigen zu heben. Die frühzeitige und durchgängige

Sprachförderung auf verschiedenen Ebenen ist ein wichtiger Bestandteil der Erstintegration.

Erstes Ziel: Zügiger Zugang zu Erstintegrationsmaßnahmen vor Ort (wie z. B. Migrationsberatung [MBE], Integrationskurse [IntKurs]).

Zur Zielerreichung sollen insbesondere folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Bedarfsanalyse, Entwicklung und Erprobung von Konzepten des regionalen Integrationsmanagements,
- Lotsenprojekte für große Zuwanderungsgruppen,
- Aufbau von Netzwerken der Erstanlaufstellen,
- Aufsuchende Beratung für Menschen mit Migrationshintergrund, die für staatliche und kommunale Integrationsmaßnahmen schwer oder gar nicht erreichbar sind, insbesondere in ländlichen Regionen.

Zweites Ziel: Durchführung von ergänzenden Maßnahmen zum Integrationskurs, insbesondere zum nachhaltigen Spracherwerb.

Zur Zielerreichung sollen insbesondere folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Durchführung von ergänzenden Maßnahmen zum Integrationskurs zur Verbesserung der Nachhaltigkeit des Spracherwerbs,
- Ergänzende Angebote im Integrationskurs wie z. B. eine sozialpädagogische Begleitung zur Sicherstellung der erfolgreichen Teilnahme und Abschluss des Integrationskurses.

Zuwendungsempfänger

Als Zuwendungsempfänger kommen in der Regel Projektträger aus der Integrationsarbeit wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen, religiöse Vereinigungen, Stiftungen und Bildungseinrichtungen in Betracht.

Indikatoren

- Anzahl der Personen, die durch Eingliederungsmaßnahmen im Rahmen nationaler, lokaler und regionaler Strategien aus dem Fonds unterstützt worden sind
- Zahl der Zielgruppenpersonen, denen mit Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen geholfen wurde, auch mit Sprachunterricht und vorbereitenden Maßnahmen zur Erleichterung des Eintritts in den Arbeitsmarkt
- Zahl der Zielgruppenpersonen, die mit Maßnahmen zur Förderung der demokratischen Teilhabe unterstützt worden sind.
- Anzahl der mit dem Ziel der interkulturellen Öffnung oder Sensibilisierung vernetzten Stellen.

Nürnberg, den 16.12.2015

**Bundesamt
für Migration und Flüchtlinge
EU-Zuständige Behörde
für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)**

Im Auftrag

(Schmudlach)
[Referatsleiterin EU-Fonds (AMIF) Zuständige Behörde]